

Zwei Zusatzkredite nötig

Arni: Urnenabstimmung mit reduzierten Traktanden statt Einwohnergemeindeversammlung

Der Arner Gemeinderat verzichtet pandemiebedingt auf die Durchführung der «Gmeind». Die Stimmbürger entscheiden an der Urne über sieben Anträge. Andere Anträge, wie das neue Friedhofsreglement, wurden auf den Sommer 2021 verschoben.

Roger Wetli

Mehr als 600 000 Franken ist der Gesamtbetrag für Anträge, die den Stimmberechtigten für die Urnenabstimmung am Sonntag, 29. November, vorliegen.

Darunter schlagen zwei Zusatzkredite mit insgesamt 274 000 Franken zu Buche. Zum Beispiel werden bei der Sanierung des Oberfeldbaches zur Verbesserung des Hochwasserschutzes zu den bereits bewilligten 361 000 Franken zusätzliche 214 000 Franken nötig. Einen Bärenanteil tragen die gestiegenen Kosten für die Baumeisterarbeiten. Diese wurden deutlich teurer als vorgesehen offeriert.

Noch keine Landerwerbsverhandlungen

Auch der Landerwerb und die Sachleistungen verursachen wohl mehr Aufwand als ursprünglich vorausgesehen. «Die Landerwerbsverhandlungen wurden noch nicht durchgeführt, deshalb kann keine Aussage über den effektiven Landwert oder die detaillierten Sachleistungen gemacht werden», erklärt Gemeindeschreiber Kevin Tobler.

Ebenfalls teurer als erwartet wird die Gesamtrevision Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland. Hier wurden bereits 125 000 Franken bewilligt. Der Gemeinderat möchte jetzt 60 000 Franken mehr. «Bis jetzt sind Kosten von rund 106 000 Franken angefallen», weiss Tobler. Der ursprüngliche Kredit wurde vor vier Jahren bewilligt.

Auf den kantonalen Grundlagenbericht musste die Gemeinde lange warten. Erst im Sommer 2018 konnte sie die Submission für die Auswahl eines Planungsbüros durchführen. Im weiteren Prozess wurde klar, dass die Anforderungen inzwischen gestiegen sind.

Detaillierte Konzepte

Zusätzliche Kosten fallen jetzt beim räumlichen Entwicklungsbild und beim Landschaftsinventar an. «Es sind detailliertere Konzepte für die Erhaltung der Landschaft geplant, als ursprünglich vorgesehen waren»,



Für die Renaturierung des Oberfeldbaches wird ein Zusatzkredit benötigt.

Bild: Roger Wetli

so der Gemeinderat. Geplant ist ein Abschluss der Arbeiten bis Ende 2021 / Anfang 2022.

Fünf Traktanden verschoben

Aufgrund der Urnenabstimmung müssen fünf Traktanden auf die nächste Gemeindeversammlung verschoben werden. Dies, weil an der Urne ausschliesslich über dringliche Geschäfte abgestimmt werden darf. Bei den nicht behandelten Geschäften handelt es sich um das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 14. November 2019, den Rechenschaftsbericht 2019, ein Einbürgerungsgesuch, das revidierte Friedhof- und Bestattungsreglement sowie um die Kreditabrechnung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Zürcher-/Kelleramtstrasse.

Kevin Tobler betont, dass das Protokoll und der Rechenschaftsbericht keine weiteren damit verbundenen Aufgaben mit sich bringen würden. Auch das neue Friedhofs- und Bestattungsreglement gehöre nicht zu den dringlichen Geschäften. «Das Bisherige kann in der Zwischenzeit gut weiter angewendet werden», so Tobler. «Ansonsten hätte sich eine

Überarbeitung seit dem Inkrafttreten im Jahr 1986 bereits früher aufge-drängt.»

Etwas mehr Geduld brauche die Gesuchstellerin einer Einbürgerung. «Das ist für sie natürlich schade», beteuert Kevin Tobler. «Die rechtliche Situation lässt jedoch keinen Entscheid an der Urne zu, da bei einem allfällig ablehnenden Entscheid eine nachvollziehbare Begründung festgehalten werden muss.» Diese könne von den Stimmberechtigten an der Urne nicht dargelegt werden.

Steuerfuss von 86 Prozent beantragt

Im Budget 2021 wird mit einem Aufwandüberschuss von 58 080 Franken gerechnet. Der Gemeinderat beantragt einen gleichbleibenden Steuerfuss von 86 Prozent. Bei der Betrachtung der Kostenblöcke fällt im Vergleich zum diesjährigen Budget der geringere Nettoaufwand bei der allgemeinen Verwaltung (minus 68 890 Franken) auf.

Auch bei der öffentlichen Ordnung, Gesundheit, sozialen Sicherheit, Volkswirtschaft und dem Verkehr wird mit geringerem Nettoaufwand gerechnet.

Abstimmung am 29. November

Anstelle an der Gemeindeversammlung werden die Stimmberechtigten in Arni an der Urne über folgende Vorlagen befinden: 1. Jahresrechnung. – 2. Regionaler Kindes- und Erwachsenenschutzdienst Mutschellen-Kelleramt / Dienstleistungen materielle und immaterielle Hilfe; Ermächtigung Gemeinderat zum Abschluss des Gemeindevertrags. – 3. Zusatzkredit von 60 000 Franken für die Gesamtrevision Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland. – 4. Zusatzkredit von 214 000 Franken für die Sanierung des Oberfeldbaches zur Verbesserung des Hochwasserschutzes. – 5. Verpflichtungskredit von 236 600 Franken als Gemeindeanteil von total 1,787 Millionen Franken für Erstellung Schlammmentwässerungsanlage auf ARA Kelleramt. – 6. Verpflichtungskredit von 110 000 Franken für die Sanierung des Allmendwegs. – 7. Budget 2021 mit einem Steuerfuss von 86 Prozent.

Kelleramt

Ein spezieller Kalender

«Ein Advent ohne Kerzen und ohne Kalender wäre doch kein richtiger Advent», sagte sich Reto Studer, Pfarrer in der reformierten Kirchgemeinde Kelleramt. Solche Traditionen, die wir schon aus Kindertagen kennen, täten gut – und das gelte in diesem Jahr mit all seinen Unwägbarkeiten vielleicht ganz speziell. Deshalb präsentieren Studer und sein Team nun einen Adventskalender der besonderen Art: online, auf www.cherz.li.

Persönliche Beiträge

Wie bei einem herkömmlichen Adventskalender lässt sich Tag für Tag ein weiteres Türchen öffnen. Dahinter, so viel sei jetzt schon verraten, verbergen sich 24 sehr persönlich gehaltene Beiträge, die allesamt von Menschen aus dem Kelleramt beige-steuert wurden. Diese haben extra für diesen Kalender kurze Texte geschrieben, Geschichten aufgenommen oder musikalische Beiträge gefilmt. Das ergibt am Ende eine bunte Mischung von Beiträgen für Gross und Klein – sozusagen als kleine helle «Kerzen», die den Weg Richtung Weihnachten säumen sollen.

LESER SCHREIBEN

Ja zum Budget

ertrag – betrug. Die Ressortvorsteherin Finanzen im Gemeinderat, die dieser Gruppierung als Vorstandsmitglied angehört, hat vor zwei Jahren in einer Budgetvorbesprechung mit den Vertretern der Ortsparteien ein budgetiertes Defizit von 450 000 Franken mit dem Argument der Budgetabweichung der letzten Jahre begründet. Und nun sollen zwei Prozent budgetierte Veränderung Grund genug sein für eine Ablehnung des gesamten Budgets.

Es ist bekannt, dass die Leute aus dieser Gruppierung eine umfassendere Infrastruktur im Dorf – also mehr Geld ausgeben – wollen. Dafür braucht es

Nachwächterstaat Oberlunkhofen

Steuern, Aushungern der Gemeindefinanzen zum monetären Wohl der gut Betuchten.

So läuft es ab: tiefe Steuern; Folge: nur reiche Steueroptimierer kommen, aber keine Citoyens. Folge: steigende Landpreise und Wohnungsmieten, junge einheimische Lunkhofer ohne gelerntes Bauland müssen wegziehen, mangelnde Infrastruktur, kein Interesse der

logischerweise auch mehr Einnahmen. Das ist ihr gutes Recht. Leider haben auch sie in den letzten zehn Jahren keine konkreten, mehrheitsfähigen Vorschläge zustande gebracht. Ausser Planungskosten ist da nichts.

Eine Ablehnung des Budgets 2021 bringt das Dorf nicht weiter. Für konkrete Lösungen braucht es Macher, nicht Planungskredite. Theorien bringen uns nicht weiter. Ich bitte die Stimmberechtigten, dem Budget zuzustimmen und eine Kandidatur als Gemeinderatsmitglied zu überlegen. Die nächsten Wahlen sind 2021.

Hans Hagenbuch, Oberlunkhofen

«angelockten» Neuen am Gemeinwohl, Schlafgemeinde, soziale Segregation, Anonymität. So wird das Reden von attraktiver Zentrumsgemeinde zum leeren Geschwätz.

Deshalb: Das Budget 2021 muss abgelehnt werden. Siehe Traktandum 9 der brieflichen Abstimmungsvorlagen für den 29. November.

Samuel Mauch, Oberlunkhofen

Kelleramt

Grosser Betrag gespendet

Ortsvertreterin Myriam Bürgisser durfte der Pro Senectute einen Betrag von 8593 Franken (ohne Post- und TWINT-Zahlungen) überweisen. Sie war alleine für die Pro Senectute von Tür zu Tür unterwegs und freute sich über den freundlichen Empfang an den Haustüren und die interessanten Gespräche.

Jonen

Samichlaus-Aktion abgesagt

Die Samichlausgesellschaft Jonen teilt mit, dass sie die Samichlaus-Aktion 2020 abgesagt hat. Es werden also weder an den geplanten Daten vom 5. und 6. Dezember Besuche von Kindern und ihren Familien noch Spezialeinsätze auf Anfrage erfolgen.

Jonen

Keine Näbelgeischternacht

Am Samstag, 23. Januar, hätten die Näbelgeischternacht und der Kinderball stattgefunden. Beide Anlässe wurden jetzt durch die Guggenmusik Näbelgeischer abgesagt. Unter den aktuellen Umständen sei es nicht möglich, einen Ball zu planen und zu veranstalten, bedauern die Organisatoren.

Unterlunkhofen

Hilfe in Nachbarschaft

Einwohner, die zu den besonders gefährdeten Personen gehören und durch die Massnahmen rund um Covid-19 in ihrem Alltag besonders eingeschränkt sind, weil sie diese konsequent gemäss Empfehlung befolgen und sie deshalb Unterstützung beim Einkaufen oder Besorgen von Medikamenten benötigen, wenden sich direkt an die Nachbarschaftshilfe Kelleramt, Frau Myriam Bürgisser, Telefon 079 270 08 06 oder per E-Mail an info@nachbarschaftshilfe-kelleramt.ch. Die Nachbarschaftshilfe übernimmt nach wie vor die Funktion als Anlauf- und Koordinationsstelle und handelt rasch und unkompliziert.

Etikettenschwindel

Die Unternehmensverantwortungsinitiative will die Schweiz als Musterbeispiel für Ethik und Verantwortungsbewusstsein positionieren. Die Initianten suggerieren, dass nur wir Schweizerinnen und Schweizer wissen, was Recht und Ordnung ist. Und dies gleich weltweit. Jede Nichtregierungsorganisation kann also klagen und zum Schluss muss ein Schweizer Gericht über die Verhältnisse in einem Land urteilen, ohne genaue Kenntnisse, wie die Verhältnisse vor Ort sind. Diese Situation stellt für mich eine neue Form der Kolonialisierung dar. Vor 100 und mehr Jahren herrschte ebenfalls der Glaube vor, dass vor allem die europäischen Länder den Völkern in Afrika und Asien überlegen seien. Das Resultat ist bekannt. Die Kolonialherren wurden aus dem Land gejagt. Die Probleme aber sehen wir heute noch in den Banlieues von Paris oder in den Vorstädten von London. Seien wir nicht blauäugig und lernen aus der Geschichte. Diese Initiative ist ein Etikettenschwindel und schadet dem Arbeits- und Ausbildungsplatz Schweiz. Nur mit einem Nein am 29. November können wir neue Ungerechtigkeiten und katastrophale Nachteile für den Werkplatz verhindern.

René Bodmer, Grossrat SVP, Unterlunkhofen